

"APA-JOURNAL Bauen&Wohnen" vom 30.06.2005

Bauen&Wohnen/Infrastruktur/Verkehr/Schiene/Bahn/Bau/Vorarlberg

Rhomberg Bau prüft Ringstraßenbahn im Rheintal

Die Vorarlberger Rhomberg Bau < <http://www.rhombergbau.at/> >-Gruppe prüft den Bau einer Ringstraßenbahn im Vorarlberger Rheintal. Das gab Hubert Rhomberg, Geschäftsführer der Rhomberg Bau-Gruppe, auf der "ibet 2005 < <http://www.ibet.co.at/> >" in Dornbirn nach Angaben von "ibet 2005"-Veranstalter Dieter Bitschnau bekannt. Die Ringstraßenbahn soll von Dornbirn über Lustenau nach Bregenz führen.

"Wir prüfen gerade die Idee für eine solche Straßenbahn", sagte Rhomberg. Dabei werde auch überlegt, wie das Land Vorarlberg und private Unternehmen dieses Verkehrsprojekt gemeinsam realisieren könnten, so der Rhomberg-Bau-Geschäftsführer. Nach den Vorstellungen Rhombergs würde das notwendige Kapital sowohl von der öffentlichen Hand als auch von Privaten aufgebracht und in einer gemeinsamen Gesellschaft gebündelt. "Das Land ist Eigentümer der Schienentrassen und vergibt die Konzession für die Infrastruktur sowie den Bahnbetrieb", so Rhomberg. Die Planung, der Bau der Bahnstrecke sowie der Fahrbetrieb würden von einem privaten Konsortium durchgeführt.

PPP "noch in den Kinderschuhen"

Bei der "ibet 2005" informierten sich nach Angaben von Bitschnau mehr als 150 Teilnehmer über Kooperationsmöglichkeiten zwischen Land, Gemeinden und Privatwirtschaft. In Zeiten knapper Kassen der öffentlichen Hand gewinne das Thema Public Private Partnership (PPP) immer mehr an Bedeutung, sagte Bitschnau. In Vorarlberg stecke PPP aber noch in den Kinderschuhen. "Bis heute bestehen lediglich sieben Projekte, bei denen heimische Unternehmen die Aufgaben der öffentlichen Hand übernommen und diese geplant, finanziert und durchgeführt haben", so der "ibet"-Veranstalter.

Raiffeisen Landesbank-Vorstandsvorsitzender und "ibet"- Mitveranstalter Karl Waltle schlug die Installierung einer Arbeitsgruppe vor, um das Potenzial an solchen öffentlichen Aufgaben in Vorarlberg auszuloten. Diese PPP-Task-Force sollte aus Vertretern des Landes, der Gemeinden und der Privatwirtschaft bestehen. "Ihre Aufgabe wäre es, mögliche Einsatzgebiete zu prüfen, Pilotprojekte zu begleiten und Richtlinien für die gemeinsame Kooperation zu erarbeiten", sagte Waltle.